

Graudenzener Zeitung.

General-Anzeiger

für West- und Ostpreußen, Posen und das östliche Pommern.



Erstausgabe täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen, kostet für Graudenz in der Expedition, und bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk. einzelne Nummern 15 Pf.

Anzeigen nehmen an: Preisen: P. Gontschowitsch, Bromberg; Gruenauer'sche Buchdr. G. H. Kramm, Graudenz; C. Gopp, Ost. Eylau; D. Bärthold, Gollub; D. Kuffen, Krone Br.; E. Witzky, Kulmsee; F. Haberer, Kautenburg; M. Jung, Liebenau; Dr. A. Traupman, Marienwerder; R. Kanter, Weidenburg; P. Müller, G. Res. Renmar; J. Köpfe, Osterode; P. Minning u. F. Abrecht, Riesenburg; E. Schmalin, Rosenburg; S. Wolter u. Reichel, Erped. Soltau; „Globe“, Strassburg; A. Fuchs, Schwabm.

Die Expedition des Gefelligen besorgt Anzeigen an alle anderen Zeitungen zu Originalpreisen ohne Porto- oder Spesenberechnung.

Preussischer Landtag.

[Abgeordnetenhaus.] 15. Sitzung vom 14. Februar.

Die zweite Etatsberatung wird fortgesetzt mit dem Etat des Auswärtigen Amtes.

Die Budgetkommission beantragt, die Forderung einer Gehaltserhöhung um 6000 Mark für den preussischen Gesandten in Stuttgart abzulehnen.

Geh.-Rath Humbert spricht für Bewilligung der 6000 Mk. mit Rücksicht auf die Feuerungsverhältnisse in Stuttgart.

Abg. v. Eynern (ntl.): Wenn man einen Etat einbringt mit der Bemerkung, daß Sparsamkeit geübt worden ist, und mit der Aufforderung an das Haus, ebenfalls sparsam zu sein, so kann ich den Beschluß der Kommission nur billigen.

Finanzminister Miquel: Man kann ja bei jedem Etat einen Zusammenhang mit allen Fragen der Welt künstlich konstruieren (Heiterkeit). Die vom Vorredner berührte Frage hängt nicht zusammen mit dem Etat für unseren Gesandten in Stuttgart.

Herr v. Eynern hat sich selbst widerlegt, indem er zuerst die Möglichkeit des Amtes bezweifelt und dann eine daselbe betreffende wichtige Frage hervorhebt. Woher weiß der Vorredner denn, daß die Gesandten nicht über solche Dinge berichten? Falls ja, ist es, daß Bayern uns wie Ausländer behandelt.

Abg. v. Kröcher (konf.): Wir haben in der diplomatischen Karriere sehr viel wohlhabende Herren, da kann man doch einen von denen hinsichtlich, die die nötigen Zuschüsse aus eigenem Vermögen machen können.

Die Verhältnisse eines solchen Gesandten sind so angenehm, daß es an einem Angebot nie fehlen wird. (Heiterkeit.)

Geheimrath Humbert: Man hat die preussische Gesandtschaft in einzelnen deutschen Staaten erhalten, weil wirtschaftliche und private preussische Interessen in Frage kommen, und weil der preussische Gesandte den König von Preußen, der zugleich deutscher Kaiser ist, vertreten soll.

Abg. v. Eynern (nl.): Es ist erfreulich, daß von unsern Gesandten wirtschaftliche Berichte an das auswärtige Amt gelangen. Aber dann kommen sie entweder nicht an alle Minister oder sie sind nicht ausführlich genug.

Der Kommissionsbeschluß wird einstimmig angenommen. — Der Etat des Ministeriums des Auswärtigen wird im übrigen debattelos erledigt.

Es folgt der Etat der Münzverwaltung.

Abg. Dr. Arendt (st.): Solche Zustände, wie wir sie jetzt im Münzwesen haben, haben nicht einmal in der Kipper- und Wipperzeit, in der Zeit der Nothprägung unter Friedrich dem Großen bestanden. Die Silbermünzen sind fast alle um 60 Prozent unterwerthig.

Unterstaatssekretär Meinecke: Die Prägung der Münzen ist nach dem Reichsmünzgesetz geregelt. Die Verhältnisse sind ja nicht so schlimm, weil ja niemand mehr als 20 Mk. in Silber in Zahlung zu nehmen braucht.

Abg. v. Eynern (nl.): Ohne England können wir für Fehling des Silberpreises nichts thun. Herr Dr. Arendt will es nicht wahr haben, daß das Fallen des Silberpreises auf die Ueberproduktion zurückzuführen ist.

Abg. Dr. Arendt: Nach dem Reichsmünzgesetz liegt es in der Hand des Reichskanzlers, die Silber-Ausprägung so zu beschränken, daß weniger als das ausgelegte Maximum von 10 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung kommt.

Abg. v. Eynern (ntl.): Ich kenne die einschlägigen Verhältnisse, denn ich habe die bimetalistischen Schriften gelesen, auch die des Abg. Dr. Arendt. Ob das eine kurzweilige Beschäftigung ist, will ich dahingestellt sein lassen (Heiterkeit).

Abg. Paasche (nl.) verliest einige Zahlen über die Silber- und Goldproduktion seit den vierziger Jahren, aus welchen hervorgeht, daß die Goldproduktion erheblich gestiegen ist, so daß man von einer Goldknappheit nicht reden könne.

daß wir auf eine Steigerung der Goldproduktion zu rechnen haben. Ebenso hat sich Ottomar Haupt ausgesprochen. Oesterreich hat 430 Millionen an Gold den Banken entnommen, und trotzdem ist diese Abnahme in den Banken längst ausgeglichen.

Abg. Fuchs (Str.) geht zunächst auf die Schwankungen der russischen Valuta ein, die einen Vertrag mit Rußland unmöglich machen. Genau von dem Tage der Einführung der Goldwährung in Deutschland rühre die Entwerthung des Silbers her (sehr richtig! rechts).

Abg. Frömel (Fr. Lgg.): Die Debatte gehört nicht in dieses Haus, denn die Währungsfrage gehört in den Reichstag. Wenn Abg. Arendt den Schaden der unterwerthigen Münzen beklagt, so hätte er den Antrag stellen sollen, daß die preussischen Münzstätten nur vollwerthige Münzen ausprägen, anstatt nur einen frommen Wunsch auszusprechen.

Finanzminister Miquel: Der Wunsch des Abg. Dr. Arendt wegen der vollwerthigen Münzen war wohl nur ein Witz, an dem die Währungsfrage angefaßt wurde, denn daß derselbe selbst nicht daran glaubt, daß die preussische Regierung seinen Wunsch erfüllen wird, erscheint mir doch wohl zweifellos.

Der Etat wird genehmigt. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag.

[Herrenhaus] 4. Sitzung am 14. Februar.

Zu Ehren des inzwischen verstorbenen Mitgliedes v. d. Gröben erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

Es folgt die Beratung und Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung des Gesekentwurfs zur Abänderung und Ergänzung der evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen und der evangelischen Kirchenverfassung in den älteren Provinzen.

Graf Kinkowproem wünscht, die General-Diskussion sofort vorzunehmen. Präsident Fürst zu Stolberg hält es gleichfalls für zulässig, die Generaldiskussion sofort vorzunehmen.

Nächste Sitzung Donnerstag (Eisenbahnsachen.)

Politische Anzeigen.

Die Sitzung des Kronraths, d. h. des preussischen Staatsministeriums unter dem Vorstehe des Kaisers, das am Dienstag über die Aufhebung der Staffeltarife berathen sollte, ist bis auf Weiteres verschoben worden.

Der Staffeltarif beruht an und für sich wirtschaftlich und finanziell auf einer richtigen Grundlage, weil er proportional den Selbstkosten aufgebaut ist und den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auch auf weite Entfernungen mittelst des Eisenweges ermöglicht.

Und in der Sitzung am 28. Juni hat der Eisenbahnminister u. a. gesagt:

Das Bestreben der nördlichen und östlichen Provinzen unseres Landes nach einer umfassenden und unter günstigeren Bedingungen sich vollziehenden Vetheiligung an der Dedung des Bedarfs an Brodfrüchten in den übrigen Provinzen ist ein ebenso altes, wie nach meiner Ansicht vollständig gerechtfertigtes.

Dann wies der Herr Minister nach, daß die Staffeltarife, auch fiskalisch und wirtschaftlich betrachtet, für die Staatseisenbahnverwaltung das einzig Richtige wären. Er wies damals auf die großen Mängel und Nachteile hin, die der unter Umständen weit billigere Wasserweg für landwirtschaftliche Produkte habe.

Die bayerischen Delegirten, welche behufs Einholung neuer Anstruktionen oder weiteren Materials nach München

zurückgekehrt waren, werden voraussichtlich heute, Donnerstag, in Berlin eintreffen. Der bayerische Ministerpräsident ist bereits Dienstag in Berlin eingetroffen. Die Bedenken, die jetzt bayerischerseits gegen die Staffeltarife erhoben sind, beruhen auf der von Bayern vertretenen Annahme, daß dadurch der bayerischen Produktion an Getreide und Mehlfabrikaten eine verschärfte Konkurrenz außer-bayerischer Produkte dieser Art erwachse.

Wir glauben, daß die Furcht der Süddeutschen vor der nord- und ostdeutschen Konkurrenz zu weit geht. Wenn der Identitätsnachweis aufgehoben wird, wird ein solches Ventil für russisches und ostdeutsches Getreide nach dem Auslande geschaffen, das eine „Ueberschwemmung“ des inländischen Marktes im Westen und Süden nicht zu befürchten ist. Ein sehr großer Theil des Ueberschusses der östlichen Provinzen wird auf außerdeutschen Märkten willigen Absatz zu billigen Preisen zu finden, die westlichen Provinzen werden ihren Hauptkonkurrenten los und die Preise werden sich zum mindesten auf den vollen Weltmarktpreis plus Zoll erheben.

Daran muß festgehalten werden, daß eine Aufhebung des Identitätsnachweises ohne Annahme des deutsch-russischen Handelsvertrages unmöglich ist und daß eine Aufhebung der Staffeltarife (abgesehen von der unseres Erachtens falschen Verkehrspolitik, die sich darin aussprechen würde) unter keinen Umständen früher erfolgen darf, bevor der Handelsvertrag angenommen worden ist.

Die deutsch-konservativen des Abgeordnetenhauses beantragen, die Beratung des Antrages Eckels bezüglich der Staffeltarife auf Getreide und Mühlenfabrikate solange auszuzeihen, bis der deutsch-russische Handelsvertrag im Reichstage verhandelt werden wird.

Für den deutsch-russischen Handelsvertrag läßt der „Reichsanzeiger“ jetzt eine besondere Deutlichkeit sprechen, die gegenwärtig dem Bundesrathe vorliegt. Es wird darin hauptsächlich die Frage erörtert, wie die Gewährung der Meißbegünstigung an die Bodenerzeugnisse Rußlands (also z. B. der 3,50 Mk.-Zoll statt des jetzigen 5 Mk.-Zolls bezw. 7,50 Mk.-Zolls für Roggen) auf unsere deutsche Volkswirtschaft einwirken werde.

Die russische Getreideausfuhr ist bezüglich der von ihr zu erzielenden Preise lediglich abhängig von der jeweiligen Lage des Weltmarktes und der Preisbildung für die Welthandelsartikel der Getreidebörse, einschließlich des Roggens. Die großen russischen Ausfuhrplätze folgen daher in ihren Preisnotirungen den Börsenpreisen der Welthandelsplätze, in erster Linie Londons, dergestalt, daß die Notirungen der russischen Getreidebörsen an den Ausfuhrplätzen, in Kreditrubeln zum Tageskurse ausgedrückt, den gleichzeitigen Londoner Notirungen in Gold, nach Abzug von Fracht und Seesen, entsprechen.













